

„Politische Streitkultur darf nicht aus den Fugen geraten“

Begrüßung des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler zum Dresdner Gesprächskreis „Respektvoller Umgang im politischen Streit“ am 31. Januar 2017

(Anrede)

Ich freue mich, Sie hier im Ständehaus zum Dresdener Gesprächskreis begrüßen zu können. Die Tatsache, dass Sie in so großer Zahl unserer Einladung gefolgt sind, sie zeigt mir, unser Thema „Respektvoller Umgang im politischen Streit“ ist von Interesse. Ich hege aber auch den leisen Verdacht, unser heutiger Redner Norbert Lammert und der Umstand, dass es sich um Frank Richters letzten Arbeitstag als Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung handelt, könnten sich positiv auf die Teilnehmerzahl ausgewirkt haben. Was auch immer Sie hierher geführt hat, herzlich willkommen zu unserer Veranstaltung.

Meine Damen und Herren, „geistige Studien bessern die Sitten“. Der Satz des römischen Dichters Orvid passt in zweifacher Weise zu unserer Veranstaltung. Zunächst ist es mittlerweile gute Tradition, dass wir uns in den Dresdner Ständehausgesprächen differenziert mit Themen auseinandersetzen, die uns umtreiben und die öffentliche Debatte bestimmen. Wir haben über TTIP und das deutsch-amerikanische Verhältnis diskutiert, die nicht ganz einfache Beziehung von Politik und Medien erörtert oder unsere Parteiendemokratie kritisch beleuchtet. Das heutige Thema fügt sich hier nahtlos an. Es ist hochaktuell und hochinteressant.

Darüber hinaus wenden wir uns heute den Sitten selbst zu, speziell der Kultur des politischen Mit- und Gegeneinanders. Denn um sie steht es in Deutschland momentan nicht zum Besten. Im Internet wird gehetzt und gepöbelt, was das Zeug hält. Im politischen Raum ist die Trugrede, der Sophismus, wieder angesagt. Postfaktisches grassiert und sogenannte „alternative Fakten“ werden hemmungslos gestreut. Feindbilder erstarken in unserer Gesellschaft, der Hass auf Parlamente und Parlamentarier gedeiht. Hundert-, ja tausendfach rufen Demonstranten „Volksverräter“. Dieser unsägliche Begriff aus der Kehle des Nationalsozialismus, der schon einmal politische Gegner und missliebige Gruppen verunglimpfte, er hat wieder Konjunktur – selbst bei einigen Politikern. Aber nicht nur das Vokabular, auch der dunkle Duktus und die rigorose Argumentation vergangener Zeiten sind mit manchem zurück.

Hannah Arendt sagte einst: „Das Sprechen ist auch eine Form des Handelns.“ Für mich heißt das auch, die Art wie wir öffentlich zu sprechen pflegen, wie wir politisch miteinander streiten, erlaubt Rückschlüsse auf die Art unseres Handelns. Eine von Feindseligkeit und Verunglimpfung durchzogene politische Radikalsprache lässt da nichts Gutes vermuten.

Meine Damen und Herren, unsere politische Streitkultur darf nicht aus den Fugen geraten. Ohne Mäßigung, ohne disziplinierenden Modus beschädigt sie unseren demokratischen Verfassungsstaat und treibt den Spaltkeil immer tiefer in unsere Gesellschaft. Wichtig ist deshalb ein respektvoller Umgang im politischen Streit, auf den wir uns jedoch festlegen müssen.

Der britische Historiker Timothy Garton Ash hat die Problematik in seinem neuen Mammutwerk „Redefreiheit“ auf den Punkt gebracht. Ich zitiere: „Das Ziel besteht nicht darin, dass wir über alles einig sind (Gott behüte!), sondern dass wir uns darüber einigen, wie wir miteinander streiten.“¹ Oder um es mit Dolf Sternberger zu sagen: „Nicht die Abschaffung, sondern einzig die Regelung des Streits verbürgt den inneren Frieden.“²

Aber wie kann das geschehen? In meiner Neujahrsansprache habe ich auf die Verfassung als das integrative Moment der Demokratie verwiesen. Sie, das hatte auch Dolf Sternberger im Sinn, bietet den Rahmen für den politischen Streit, indem sie die Freiheit gewährt, sie zugleich aber begrenzt und mit der ganzen Kraft des Rechts schützt. Ob und wie wir auf dieser Basis miteinander streiten, welche Streitkultur wir ausformen, das liegt freilich an uns. Maximale Zivilisiertheit muss dabei jeden leiten, dem an einer demokratischen Auseinandersetzung liegt, wobei die Argumentation selbst nicht an Bestimmtheit und Gehalt verlieren darf.

Bundespräsident Joachim Gauck regte jüngst an, die Debattenlage in Deutschland bewusst zu verschärfen. Ja, Sie haben richtig gehört, „der Bundespräsident will mehr öffentlichen Streit“.³ Er meinte damit nicht, wie er selbst sagte, „Ressentiments zu adeln und Vorurteilen den Rang von Argumenten einzuräumen“. Das kann niemandes Interesse sein, dem an unserer Demokratie gelegen ist. Was er meinte war, vermehrt Positionen und Themen in den politischen Streit einzubeziehen, „die von

¹ Timothy Garton Ash: Redefreiheit, München 2016, S. 174.

² Dolf Sternberger: Über den Hass im Staatsleben, in: Ders.: Verfassungspatriotismus, Frankfurt a.M. 1990, S. 81-84, hier S. 83.

³ Christian Geyer: Grundgesetz great again. Der Bundespräsident will mehr öffentlichen Streit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Januar 2017.

der politischen Mitte kritisch beäugt werden“. Den politischen Gegner gelten zu lassen, im Disput weder intolerant noch indifferent zu werden. Denn Austausch und Diskussion, so Joachim Gauck, sei „der Sauerstoff der offenen Gesellschaft, Streit ihr belebendes Element“.⁴

Meinen Damen und Herren, die Protagonisten des heutigen Abends stehen in besonderem Maße für den respektvollen Umgang im politischen Streit. Beide kenne ich seit langer Zeit. Beiden fühle ich mich innerlich verbunden.

Lieber Norbert Lammert, verehrter Herr Bundestagspräsident, zuletzt waren Sie am 3. Oktober 2016, an unserem Nationalfeiertag, in Dresden. Sie mussten da wie so viele andere Gäste erleben was es heißt, wenn Hass und sittliche Verrohung sich Bahn brechen. Sie sprachen mir damals mit Ihrer ermutigenden Rede aus dem Herzen. Ein Zitat daraus möchte ich noch einmal aufgreifen, weil es zum heutigen Thema passt: „Wer aber in diesem Streit das Abendland gegen tatsächliche und vermeintliche Bedrohungen verteidigen will, muss seinerseits in dieser Auseinandersetzung den Mindestansprüchen unserer Zivilisation genügen: Respekt und Toleranz üben und die Freiheit der Meinung, der Rede, der Religion wahren und den Rechtsstaat achten.“

Verehrter Präsident des Deutschen Bundestages, Sie sind ein Politiker, der Flagge zeigt und vor heißen Eisen nicht Halt macht. Sie werfen sich in die demokratische Debatte, sei es zu den ewigen Fragen von Volkssouveränität und Repräsentation oder zur Verteidigung des Parlamentarismus. Sie ermahnen Politiker und Parteien, glaubwürdig

⁴ Joachim Gauck: Rede zum Ende der Amtszeit zu der Frage "Wie soll es aussehen, unser Land?" aus der Antrittsrede vom 23. März 2012 vom 18. Januar 2017.

und nicht wankelmütig zu sein. Sie melden kluge Bedenken gegenüber Volksentscheiden an, um im selben Atemzug den Politikern ins Gewissen zu reden. Sie scheuen nicht den Konflikt im eigenen Hohen Hause. Sie wollen sogar den Bundestag verkleinern und machen sich damit jede Menge Freunde unter ihren Parlamentskollegen. Und sie tun dies seit ihrer erstmaligen Wahl zum Bundestagspräsidenten im Jahr 2005 stets mit einer unnachahmlichen Mischung aus Souveränität und Humor.

Lieber Norbert Lammert, ich freue mich auf Ihren Vortrag und auf das nachfolgende Gespräch zwischen Ihnen und Frank Richter. Frank Richter kennen wir alle als engagierten Demokratievermittler. Wie kein zweiter hat er sich in den letzten Jahren in Sachsen geduldig für den offenen und friedlichen Dialog in der Gesellschaft eingesetzt. Er weiß, wie Streit ausarten kann. Er weiß aber auch, wie er sich durchaus zivilisieren lässt. Heute, lieber Frank Richter, sehe ich Sie da mit einer eher entspannten, vielmehr mit einer äußerst angenehmen Einsatzlage konfrontiert. Zunächst aber haben allein Sie das Wort, verehrter Herr Bundestagspräsident.

Vielen Dank.